



Opel-Betriebsräte bei Bundestagsfraktion DIE LINKE: Standorte nicht gegeneinander ausspielen

Pressemitteilung von Ulla Lötzer, 24. November 2009

Vier Vertreter der Beschäftigten deutscher Opel-Werke waren heute bei der Bundestagsfraktion DIE LINKE zu Gast. Dabei wurden grundsätzliche Positionen der Linksfraktion zum Erhalt der Opel-Standorte bestätigt: Der Vertreter der IG-Metall Verwaltungsstelle Eisenach/Gotha, Uwe Laubach machte klar, dass Lohnverzicht und andere Zugeständnisse von Seiten der Belegschaft, aber auch Hilfen von Seiten des Staates in jedem Fall an Gegenleistungen geknüpft werden müssten.

Sowohl Uwe Laubach, als auch Harald Lieske als Betriebsratsvorsitzender von Opel Eisenach betonten, dass Standorte nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften. Auch international gebe es enge solidarische Zusammenarbeit der Belegschaften. Der Bochumer Betriebsratschef Rainer Einenkel und der Vertrauenskörperleiter Opel Kaiserslautern, Thorsten Zangerle, hatten zuvor die katastrophale Situation

der Beschäftigten an den Opel-Standorten dargestellt. Mittlerweile sei eine Verunsicherung unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu spüren, die kaum zu beschreiben sei. Familien in den Regionen müssten jeden Tag aufs neue Bangen, wie es mit den Arbeitsplätzen ihrer Angehörigen weiter geht. An DIE LINKE ging die Aufforderung, sich im Parlament auch für langfristige Perspektiven für Opel - jenseits des kurzfristigen Arbeitsplatzerhalts - einzusetzen.

Der Fraktionsvorsitzende, Gregor Gysi sagte zu, dass die Fraktion alles für den Erhalt der Opel-Arbeitsplätze tun werde. An die Vertreter der Beschäftigten gerichtet sagte er: "Auch wenn jemand von uns eine feurige Rede halten oder etwas anderes für euch tun soll, braucht ihr nur anzurufen. Es war von Anfang an ein Fehler der Bundesregierung, die staatlichen Hilfen nicht an bestimmte Bedingungen zu binden. Zugleich erneuerte Gysi den Vorschlag seiner Fraktion, Opel-Hilfen nur gegen Beteiligungen von Ländern und Belegschaften zu gewähren. Ulla Lötzer, Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik, forderte vor allem eine gesamteuropäische Lösung zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten.